



Niederschrift

27. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Klima, Umwelt und Mobilität

Sitzungstermin:	Donnerstag, 24.03.2022
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	20:10 Uhr
Ort, Raum:	Plenarsaal, Stadtverwaltung Potsdam, Friedrich-Ebert-Str. 79/81, 14469 Potsdam

Anwesend sind:

Ausschussvorsitz

Herr Andreas Walter	Bündnis 90/Die Grünen	Sitzungsleitung
---------------------	--------------------------	-----------------

Ausschussmitglieder

Frau Tina Lange	DIE LINKE
Herr Leon Troche	SPD
Herr Matthias Finken	CDU
Frau Antonia Heigl	DIE aNDERE

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Tiemo Reimann	SPD	
Herr Dr. Gert Zöller	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Dr. Anja Günther	DIE LINKE	Ab 18.03 Uhr

sachkundige Einwohner

Frau Dr. Sophie Haebel	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Dr. Matthias Kretschmer	Freie Demokraten
Herr Jan Kuppert	DIE aNDERE
Frau Elke Lentz	SPD
Herr Norbert Wilke	DIE LINKE

Beigeordnete

Herr Bernd Rubelt	Geschäftsbereich 4
-------------------	--------------------

Vertreter der Bewegung Fridays for Future

Frau Anna Ducksch

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Fabian Twerdy	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt
Herr Michél Berlin	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Uwe Adler	SPD	entschuldigt
Herr Sebastian Olbrich	AfD	entschuldigt

zusätzliches Mitglied

Frau Dr.med. Carmen Klockow	Bürgerbündnis	entschuldigt
Herr Björn Teuteberg	Freie Demokratische Partei	entschuldigt

Vertreter des zusätzlichen Mitgliedes

Herr Wolfhard Kirsch	Bürgerbündnis	entschuldigt
----------------------	---------------	--------------

sachkundige Einwohner

Herr Klaus Rietz	BürgerBündnis	entschuldigt
Herr Maximilian Adams	CDU	entschuldigt

Vertreter der Beiräte

Herr Frank Spade	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt
------------------	-----------------------	--------------

Gäste:

Frau Lippert	Koordinierungsstelle Klimaschutz zu TOP 3.1, 3.6 und und 4.3
Herr Schenke	Fachbereich Mobilität und Infrastruktur zu TOP 3.6, 3.7 bis 4.2
Frau Jung	Bereich Verbindliche Bauleitplanung zu TOP 3.6
Herr Anderka	Bereich Stadtentwicklung zu TOP 3.2
Frau Dr. Häcker	Anwohner-Initiative gegen die Rodung des Birkenwäldchens – Rederecht zu TOP 5
Herr Sträter	Ortsvorsteher Groß Glienicke zum TOP 3.2

Schriftführerin:

Frau Viola Kropp GB Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt

Tagesordnung:**Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
24.02.2022
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 3.1 Treibhausgasneutralität 2035
Vorlage: 21/SVV/0960
Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE
(Wiedervorlage)
- 3.2 Integriertes Stadtentwicklungskonzept Potsdam 2035 (INSEK 2035)
Vorlage: 21/SVV/1357
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung
(Wiedervorlage)
- 3.3 Förderung des Hitzeschutzes in sozialen Einrichtungen in Potsdam
Vorlage: 22/SVV/0055
Fraktion DIE LINKE und Bündnis90/Die Grünen
(Wiedervorlage)
- 3.4 Weiterbetrieb der Biosphärenhalle - Umsetzung des Konzeptes Biosphäre 2.0
mit Einbeziehung des Volksparks
Vorlage: 22/SVV/0066
Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Bauen
(Selbstbefassung)
- 3.5 Flächen für die Partygärten sichern
Vorlage: 19/SVV/1266
Fraktion CDU
(Wiedervorlage)
- 3.6 Bebauungsplan Nr.124 "Heinrich-Mann-Allee/Wetzlarer Bahn", 1. Änderung,
Teilbereich Gewerbegebiet Brunnenviertel, Abwägung und Satzungsbeschluss
Vorlage: 22/SVV/0101
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung
- 3.7 Radwegsicherheit Kurfürstenstraße
Vorlage: 22/SVV/0121
Fraktion DIE aNDERE
- 3.8 Fahrrad- und fußverkehrsfreundliche Ampelschaltungen
Vorlage: 22/SVV/0157
Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke
- 3.9 Verkehrsanalyse Lotte-Pulewka-Straße

Vorlage: 22/SVV/0162
Fraktion DIE LINKE

- 3.10 Kommunale Wasserenthärtung in der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 22/SVV/0165
Fraktion CDU
- 3.11 Radwege
Vorlage: 22/SVV/0141
Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur
(Mitteilungsvorlage)
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 4.1 Berichterstattung zur gefahrlosen und direkten Erreichbarkeit der sanierten
Preußenhalle für Fußgänger und Radfahrer aus dem Ortsteil (gem. Beschluss
zur DS 21/SVV/0745)
Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur
- 4.2 Zeitplan STEK Verkehr - Info. im Nachgang der MV 22/SVV/0026
Fachbereich Mobilität und Infrastruktur
- 4.3 Information zum Beschluss 21/SVV/0860 - "Förderung von Stecker-Solar
Anlagen - so genannten Balkonkraftwerken - für private Haushalte"
Koordinierungsstelle Klimaschutz
- 5 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Walter, begrüßt die Mitglieder und eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 24.02.2022

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 5 von 9 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

Zur Tagesordnung ergehen folgende Bitten und Hinweise:

- Es wird gebeten, die TOP'e 3.4 Weiterbetrieb der Biosphärenhalle - Umsetzung des Konzeptes Biosphäre 2.0 mit Einbeziehung des Volksparks (22/SVV/0066) sowie 3.5 Flächen für die Partygärten sichern (19/SVV/1266) nochmals bis zur Mai-Sitzung zurückzustellen.

- Zum TOP 3.2 Integriertes Stadtentwicklungskonzept Potsdam 2035 schlägt der Ausschussvorsitzende folgendes Verfahren vor:

Da der KUM-Ausschuss lt. Sitzungskalender im April nicht tagt wird gebeten, heute noch einmal Argumente austauschen zu können. Die erbetene Information/Verständigung zum INSEK 2035 mit den Fraktionen ist in Vorbereitung und wird voraussichtlich Anfang April durchgeführt. Weiterhin wird vorgeschlagen, dass der KUM-Ausschuss die Vorlage 21/SVV/1357 heute zur Kenntnis nimmt und die abschließende Befassung der Vorlage durch den SBWL-Ausschuss am 26.4.22, einschl. aller dazu vorliegenden Voten und Änderungsanträge, erfolgt.

- Ergänzend zur Tagesordnung wird beantragt die aktuelle Waldrodung Am Clubhaus in Babelsberg unter dem TOP Sonstiges auf die TO zu setzen und dafür Frau Dr. Britt Häcker (Anwohner-Initiative gegen die Rodung des Birkenwäldchens) ein Rederecht zu erteilen. Es wird vorgeschlagen den TOP vorzuziehen.
- Ebenso unter dem TOP Sonstiges wird gebeten das Thema Radverkehrssicherheit anzusprechen.

Gegen die vorgebrachten Vorschläge erfolgt kein Widerspruch, so dass die so geänderte Tagesordnung, einschließlich der Gewährung des Rederechtes für Frau Dr. Häcker einstimmig bestätigt wird.

Zur öffentlichen Niederschrift der Sitzung vom 24.02.2022 gibt es keine Hinweise. Die Niederschrift wird mit 5/0/2 bestätigt.

(Die Anzahl der stimmberechtigten Ausschussmitglieder hat sich zwischenzeitlich erst auf 7 und kurz darauf auf 8 von 9 erhöht.)

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 3.1 Treibhausgasneutralität 2035

Vorlage: 21/SVV/0960

Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE
(Wiedervorlage)

Der Vorsitzende macht aufmerksam, dass die Neue Fassung der Fraktion AfD vom 22.09.2022 bereits eingebracht worden ist.

Für die antragstellenden Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und die LINKE erinnert Herr Walter an die bisher im KUM-Ausschuss geführte Diskussion. Zwischenzeitlich ist eine Abstimmung mit der Verwaltung erfolgt, so dass folgende neue Fassung eingebracht wird:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Zur Einhaltung der Beschlüsse des Pariser Abkommens und der damit vereinbarten Klimaziele als verbindliche Leitlinie unserer Politik, bekennt sich die Landeshauptstadt Potsdam zum Ziel der Treibhausgasneutralität bis 2035. Hierbei geht gute Klimaschutzpolitik mit sozialer Gerechtigkeit einher und sorgt für breite Akzeptanz der notwendigen Maßnahmen.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Rahmen seiner Möglichkeiten auf Landes- und Bundesebene darauf hinzuwirken, dass die zur Erreichung dieses Ziels notwendigen Rahmenbedingungen für Kommunen geschaffen werden.

Die Landeshauptstadt führt ein webbasiertes Monitoring-Instrument zur jährlichen Erfassung und Visualisierung der Potsdamer Treibhausgasemissionen und der Umsetzung des Masterplans 100% Klimaschutz ein. Dieses Werkzeug erlaubt es darüber hinaus, Szenarien zu berechnen, um die Wirkung verschiedener Maßnahmenpakete vorherzusagen bzw. zu modellieren, mit welchen Maßnahmen ambitioniertere Klimaschutzziele erreicht werden könnten.“

Herr Finken äußert, dass die Punkte 1 und 2 nicht erforderlich wären und der Punkt 3 sich vermutlich bereits im Internetauftritt wiederfindet.

Frau Dr. Haebel kann den Anmerkungen ihres Vorredners nicht folgen und führt aus, dass es hier um Potsdam gehe und nicht um eine allgemeine Darstellung. Von daher sei es wichtig die Treibhausgasemissionen von Potsdam zu bilanzieren und darzustellen. Diese könne durch regelmäßige Überprüfung festgestellt werden. Mit dem Etablieren eines Monitoringplans könne eine transparente Darstellung gegenüber dem Bürger erfolgen.

Frau Ducksch macht aufmerksam, dass sich der Antrag auch irgendwie widerspreche und verweist auf die Ansteuerung zum Masterplan 2050. Die Verwaltung brauche Unterstützung und die Pläne sind zu verschärfen. Ein Lippenbekenntnis führe nicht weiter.

Frau Lippert macht aufmerksam, dass es sich hier um Tools handeln würde, die Maßnahmen dokumentieren und visualisieren sowie die Abhängigkeit der Maßnahmen untereinander darstellen. Damit könne man herausfinden, welche Maßnahmen wirklich wieviel bringen. Dies müsse von Dienstleistern, die es am Markt gibt, untersetzt werden. Damit habe man ein Instrument, um ein versiertes Monitoring aufzusetzen.

Den Hinweis von Frau Ducksch aufgreifend bittet Frau Haebel zu beachten, dass das Monitoring Potsdam weiterbringe und die Grundlagen schaffe, um im nächsten Schritt weiter zu kommen. Mit dem Widerspruch müsse man leben. Sie bestätigt, dass die Ziele des Masterplanes nachgeschärft und weitere Beschlüsse folgen müssen.

Herr Finken stellt den Geschäftsordnungsantrag, den Antrag „durch Verwaltungshandeln erledigt“ zu erklären.

Für den GO-Antrag spricht niemand.
Dagegen spricht Herr Rubelt.
Der Geschäftsordnungsantrag wird mit 1/7/0 abgelehnt.

Auf die Nachfrage von Frau Heigl, ob die Expertentreffen/Workshops fortgeführt werden, antwortet Herr Rubelt, dass die Fortführung des Dialoges vorgesehen sei. Über den Termin und die Experten wird informiert, ggf. sei auch die Mitwirkung von Mitgliedern aus dem KUM-Ausschuss sinnvoll.

Der Vorsitzende stellt die Neue Fassung der AfD-Fraktion vom 22.9.21 zur Abstimmung:

„Zur Die Einhaltung der Beschlüsse des Pariser Abkommens und der damit vereinbarten Klimaziele als verbindliche Leitlinie ~~unserer~~ der Politik, wird aufgegeben. bekennt sich die Landeshauptstadt Potsdam zum Ziel der Treibhausgasneutralität bis 2035.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Rahmen seiner Möglichkeiten auf Landes- und Bundesebene darauf hinzuwirken, dass **die zur Erreichung dieses Ziels notwendigen Rahmenbedingungen für Kommunen geschaffen werden. das Pariser Klimaabkommen nicht weiter als verbindliche Leitlinie der deutschen Politik verfolgt wird.**

Konzepte und Programme zum Klimaschutz der Landeshauptstadt Potsdam sowie ihrer Eigenbetrieben und Beteiligungen **sollen in ihrer Zielsetzung entsprechend angepasst werden aufgegeben.**

Der Stadtverordnetenversammlung ist bis Mai 2022 zu berichten.“

Abstimmungsergebnis: 0/8/0 – damit abgelehnt.

Der Ausschussvorsitzende stellt die Neue Fassung des Antrages der Fraktionen B90/Die Grünen, DIE LINKE zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Zur Einhaltung der Beschlüsse des Pariser Abkommens und der damit vereinbarten Klimaziele als verbindliche Leitlinie unserer Politik, bekennt sich die Landeshauptstadt Potsdam zum Ziel der Treibhausgasneutralität bis 2035. Hierbei geht gute Klimaschutzpolitik mit sozialer Gerechtigkeit einher und sorgt für breite Akzeptanz der notwendigen Maßnahmen.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Rahmen seiner Möglichkeiten auf Landes- und Bundesebene darauf hinzuwirken, dass die zur Erreichung dieses Ziels notwendigen Rahmenbedingungen für Kommunen geschaffen werden.

Die Landeshauptstadt führt ein webbasiertes Monitoring-Instrument zur jährlichen Erfassung und Visualisierung der Potsdamer Treibhausgasemissionen und der Umsetzung des Masterplans 100% Klimaschutz ein. Dieses Werkzeug erlaubt es darüber hinaus, Szenarien zu berechnen, um die Wirkung verschiedener

Maßnahmenpakete vorherzusagen bzw. zu modellieren, mit welchen Maßnahmen ambitioniertere Klimaschutzziele erreicht werden könnten.“

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 1

zu 5 Sonstiges

Der Tagesordnungspunkt mit dem Thema „Waldrodung Am Clubhaus in Babelsberg“ wird vorgezogen.

Frau Dr. Häcker (Anwohner-Initiative gegen die Rodung des Birkenwäldchens) nimmt das erteilte Rederecht wahr. Sie macht auf die gegenwärtig durchgeführte Abholzung im Babelsberger Waldbereich aufmerksam und berichtet über die am Freitag gestartete Online-Petition. Das kleine Waldareal mit viel altem Baumbestand im Bereich um den Lindenpark sei sehr naturbelassen und wird sowohl von Kindern, Joggern und Ausführern von Hunden genutzt. Die aktuell umfangreich durchgeführten Fällarbeiten führen bei vielen Anwohnern zur Besorgnis. Es ist bekannt, dass sich das Gelände in Privatbesitz befinde und umfangreiche forstwirtschaftliche Arbeiten durchgeführt werden. Jedoch sei der Eindruck entstanden, dass es sich hierbei nicht nur um die Beseitigung von Sturmschäden handelt. Frau Dr. Häcker wirbt für den Erhalt des Baumbestandes und bittet hierfür um die Unterstützung.

Herr Wilke ergänzt, dass er sich die Flächen angesehen habe. Seiner Meinung nach handelt es sich hier um keine Sturmschädenbeseitigung, sondern um einen forstwirtschaftlichen Eingriff. Für den Eigentümer könne es hier verschiedene Gründe zur Rodung geben. Herr Wilke verweist zudem auf das Waldgesetz des Landes Brandenburg. Aus seiner Sicht wurde die Verpflichtung den Artenschutz zu beachten, grob fahrlässig missachtet. Niststätten sind ganzjährig zu schützen.

Herr Rubelt informiert, dass die Gesetzeslage der Landeshauptstadt Potsdam nicht erlaubt, hier tätig zu werden. Zuständig ist die Forstbehörde. Die fachliche Bewertung könne aufgrund Unzuständigkeit nicht erfolgen. Von daher unterbreitet Herr Rubelt das Angebot einen Vertreter der Forstbehörde einzuladen, um die Diskussion zu führen.

Frau Dr. Günther bringt ergänzend zum Ausdruck, dass die Rodung nicht behutsam, sondern durch große Maschinen vorgenommen worden ist. Auch die Umsetzung, wie eine forstwirtschaftliche Maßnahme durchgeführt wird, sei zu beachten. Sie bittet auch das Gespräch mit dem Eigentümer der Waldfläche zu suchen und regt an, neben der Forstbehörde auch den Eigentümer zu einem Gespräch einzuladen. Dabei könne erörtert werden, welche Möglichkeiten der Waldumwandlung es gibt und wie die Schutzfunktion des Waldes gewahrt bleiben könne. Frau Dr. Günther kündigt in dieser Sache einen Antrag an.

Auf die Rückfrage von Frau Haebel, wer dafür zuständig sei zu prüfen ob hier

gesetzeswidriges Handeln vorliegt, antwortet Herr Rubelt. Zuständig für die Überprüfung ist die Oberförsterei. Die Nachfrage beim Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz (MLUK) als zuständige Fachbehörde habe ergeben, dass es nichts zu beanstanden gebe.

Herr Reimann befürwortet das Angebot von Herrn Rubelt, das Gespräch mit Vertretern der Forstbehörde sowie dem Eigentümer der Waldfläche zu suchen.

zu 3.2 Integriertes Stadtentwicklungskonzept Potsdam 2035 (INSEK 2035)

Vorlage: 21/SVV/1357

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung
(Wiedervorlage)

Herr Sträter (Ortsvorsteher Groß Glienicke) informiert zum Abstimmungsverhalten im Ortsbeirat Groß Glienicke. Dort sei der Entwurf der Vorlage zwar abgelehnt worden, jedoch erfolgte dies hauptsächlich deshalb, weil die Frage des Verkehrs zwischen dem Stadtzentrum und Krampnitz im Zusammenhang mit den vorhandenen Kapazitäten nicht ausreichend Beachtung gefunden habe. Durch den Ausbau von Krampnitz sind massive Auswirkungen für den Ortsteil Groß Glienicke zu erwarten. Die Aufmerksamkeit müsse dahingehend erfolgen, dass die Verkehrsplanung Krampnitz bis zur Stadtgrenze Spandau gedacht wird.

Ansonsten beinhalte das INSEK 2035 viel Gutes und das Verfahren wird begrüßt.

Herr Troche äußert, dass er die Vertiefungsbereiche 1 und 2 (Ortsteil Grube und Uetz Paaren) in der Vorlage vermisste.

Herr Rubelt erläutert die Differenzierung im INSEK. Herausgesucht wurden die Gebiete, die noch viel Planung und Entwicklung ermöglichen.

Herr Anderka (Bereich Stadtentwicklung) ergänzt, dass dies nicht als Zeichen fehlender Wertschätzung beurteilt werden dürfe. Die Herausforderung habe darin bestanden, die Fokussierung / Schwerpunkte auf die Bereiche zu setzen, wo die größte Hebelwirkung bestehe. Auch in den Ortsbereichen ist eine behutsame Entwicklung vorgesehen.

Frau Dr. Haebel bittet dem Thema Klimaschutz mehr Gewichtung zu geben und regt an, auf die Gesetzgebung auf Bundesebene einzugehen bzw. die Thematik aufzunehmen. Ein Monitoring sei gut, jedoch sehr unverbindlich in den Plänen zur Umsetzung.

Frau Dr. Günther spricht das Thema Gemeinwohl an. Ihrer Ansicht nach sollte sich das Thema soziale Infrastruktur stärker im INSEK wiederfinden.

Herr Finken hält den Aspekt Ordnung und Sicherheit für nicht ausreichend berücksichtigt. Gegebenenfalls könnte in einer Vorbemerkung erläutert werden,

worauf das INSEK 2035 abziele.

Herr Anderka geht auf die angesprochenen Punkte ein und regt an, gegebenenfalls Änderungsanträge zur Ergänzung für die Behandlung im SBWL-Ausschuss vorzubereiten.

Herr Rubelt betont, dass man über 2 ½ Jahre mit den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt einen sehr intensiven Dialog geführt habe und mit dem INSEK 2035 das räumliche Leitbild entwickelt worden ist. Wenn andere Themen wichtig werden, dann ist die weitere Entwicklung möglich. Die Denkweise ende nicht an der Stadtgrenze, sondern erfolgt bewusst über die Stadtgrenze hinaus. Eine Priorisierung war jedoch erforderlich.

Der Ausschussvorsitzende schlägt vor, die Vorlage 21/SVV/1357 heute im KUM-Ausschuss zur Kenntnis zu nehmen sowie die Informationen, Hinweise und Anregungen aus der noch durchzuführenden Runde mit den Fraktionen in die abschließende Behandlung im SBWL-Ausschuss einfließen zu lassen.

Gegen diesen Vorschlag erfolgen keine Einwände.

zu 3.3 Förderung des Hitzeschutzes in sozialen Einrichtungen in Potsdam
Vorlage: 22/SVV/0055
Fraktion DIE LINKE und Bündnis90/Die Grünen
(Wiedervorlage)

Frau Dr. Günther bringt folgende geänderte Fassung vom 8.3.22 ein:
„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, **die Träger der sozialen, kultur-, bildungs- und Sporteinrichtungen der LHP im Rahmen einer Informationsveranstaltung über die Möglichkeit der Teilnahme am BMU-Förderprogramm "Klimaanpassung in sozialen Einrichtungen" zu informieren teilzunehmen und damit soziale Einrichtungen der LHP dabei zu unterstützen, um sich noch besser gegen Hitze zu wappnen.**
Dem GSWI und KUM sind im August 2022 zu berichten.“

Durch Frau Dr. Günther wird ergänzt, dass der Bund auf das Hochwasser am Ahrtal reagiert und ein Förderprogramm entwickelt habe. Mit der geänderten Fassung des Antrages soll die Landeshauptstadt Potsdam gebeten werden, dieses Programm wahrzunehmen. Aktuell ist der Fördertopf scheinbar leer, jedoch soll hier dafür geworben werden, Vorabbewerbungen für eine nächste Förderperiode abzugeben. Mit der Informationsversammlung soll es gelingen, dazu in den Dialog zu gehen.

Der Ausschussvorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, **die Träger der sozialen, kultur-, bildungs- und Sporteinrichtungen der LHP im Rahmen einer Informationsveranstaltung über die Möglichkeit der Teilnahme am BMU-Förderprogramm "Klimaanpassung in sozialen Einrichtungen" zu informieren teilzunehmen und damit soziale Einrichtungen der LHP dabei zu unterstützen, um sich noch besser gegen Hitze zu wappnen.**
Dem GSWI und KUM sind im August 2022 zu berichten.“

**Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.**

zu 3.4 Weiterbetrieb der Biosphärenhalle - Umsetzung des Konzeptes Biosphäre 2.0 mit Einbeziehung des Volksparks

Vorlage: 22/SVV/0066

Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Bauen
(Selbstbefassung)

Bis zur Mai-Sitzung zurückgestellt – siehe Verständigung zur Tagesordnung.

zu 3.5 Flächen für die Partygärten sichern

Vorlage: 19/SVV/1266

Fraktion CDU
(Wiedervorlage)

Bis zur Mai-Sitzung zurückgestellt – siehe Verständigung zur Tagesordnung.

zu 3.6 Bebauungsplan Nr.124 "Heinrich-Mann-Allee/Wetzlarer Bahn", 1. Änderung, Teilbereich Gewerbegebiet Brunnenviertel, Abwägung und Satzungsbeschluss

Vorlage: 22/SVV/0101

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung

Frau Jung (Bereich Verbindliche Bauleitplanung) bringt die Vorlage anhand einer Präsentation ein, welche dieser Niederschrift als Anlage beigefügt wird.

Herr Walter erkundigt sich, ob auf den Dachflächen Photovoltaik vorgesehen sei und wie die Energieversorgung erfolge.

Frau Jung verweist auf die Präsentation. In der Vorlage gehe es um die geringfügige Erhöhung der GFZ von 1,2 auf 1,4 im zentralen Bereich. Festlegungen zu Solaranlagen auf Dachflächen wurden nicht getroffen.

Frau Dr. Günther erinnert an den Beschluss der ökologischen Bauleitplanung und erkundigt sich, wie sich dieser auf die Vorlagen der Bauleitplanung auswirke.

Herr Rubelt bietet an, die Frage mitzunehmen und später konkreter dazu Stellung zu nehmen.

(im Nachgang der Sitzung ergänzt: hier handelt es sich um den Beschluss 20/SVV/1215 Berücksichtigung ökologischer Kriterien in der örtlichen Bauleitplanung mit dem Auftrag, dem SBWL-Ausschuss spätestens zu Ende 2022 zu berichten; dem Auftrag wird die Verwaltung nachkommen.)

Frau Ducksch bittet um Information, ob es möglich sei, den Anschluss an die Fernwärme vorzuschreiben.

Frau Lippert (Koordinierungsstelle Klimaschutz) bestätigt, dass es Fernwärmevorranggebiete gebe. Eine Befreiung von dem Anschlusszwang ist möglich, wenn der Vorhabenträger nachweist, dass er ein nachhaltiges Energiekonzept, also vollständige Versorgung über alternative Energieformen, gewährleisten kann. Dann kann von diesem Anschlusszwang befreit werden

Herr Schenke (Fachbereich Mobilität und Infrastruktur) fügt hinzu, dass sich das Gebiet im Fernwärmevorranggebiet befinde.

Herr Walter bittet den künftigen Bauherren den Einsatz erneuerbarer Energien nahe zu legen.

Durch den Vorsitzenden wird ergänzt, dass der SBWL-Ausschuss der Vorlage bereits zugestimmt habe.

Der Ausschussvorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

1. Im Rahmen der Abwägung nach § 1 Abs. 7 BauGB wird über die Stellungnahmen der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zum Bebauungsplan Nr. 124 "Heinrich-Mann-Allee/Wetzlarer Bahn", 1. Änderung, Teilbereich Gewerbegebiet Brunnenviertel entschieden (gemäß Anlagen 3A und 3B).
2. Der Bebauungsplan Nr. 124 "Heinrich-Mann-Allee/Wetzlarer Bahn", 1. Änderung, Teilbereich Gewerbegebiet Brunnenviertel wird gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen, die dazugehörige Begründung wird gebilligt (siehe Anlagen 4 und 5).

**Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.**

zu 3.7 Radwegsicherheit Kurfürstenstraße
Vorlage: 22/SVV/0121
Fraktion DIE aNDERE

Herr Kuppert bringt den Prüfantrag ein.

Herr Schenke (Fachbereich Mobilität und Infrastruktur) macht aufmerksam, dass die von der Stadtverordnetenversammlung im Mai 2017 beschlossene Fortschreibung des Radverkehrskonzeptes die Maßnahme der Neuaufteilung des Straßenraums zugunsten des Radverkehrs bereits beinhaltet. Aus diesem Grund wird dies auch Gegenstand der Vorbereitungen für die geplante Straßenbaumaßnahme „Kurfürstenstraße“ sein. Es ist vorgesehen die Maßnahme komplett in 2022/23 durchzuführen (neue Markierung, Verkehrsaufteilung). Den Bereich von der Hebbelstraße bis zur H.-Thoma-Straße in diesem Jahr und den anderen Teil im nächsten Jahr. Im September könne im KUM-Ausschuss berichtet werden.

Herr Troche stellt den Geschäftsordnungsantrag den Antrag „durch Verwaltungshandeln erledigt“ zu erklären.

Dafür spricht niemand.

Dagegen spricht Herr Kuppert, der Sachstandsbericht sollte gegeben werden.

Der Geschäftsordnungsantrag wird mit 3/4/1 abgelehnt.

Frau Lange stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Zurückstellung bis im September die Ergebnisse vorliegen und dann über den Antrag zu beraten.

Dafür spricht niemand.

Dagegen spricht Herr Kuppert, es handelt sich um einen Prüfauftrag; von daher sei keine Zurückstellung erforderlich.

Dem Geschäftsordnungsantrag auf Zurückstellung des Antrages bis September 2022 wird mit 6/1/1 zugestimmt.

Die Wiedervorlage des Antrages 22/SVV/0121 erfolgt in der Sitzung am 22. September 2022.

zu 3.8 Fahrrad- und fußverkehrsfreundliche Ampelschaltungen
Vorlage: 22/SVV/0157
Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke

Herr Dr. Zöllner bringt den Antrag ein und begründet ihn. Zielstellung des Prüfauftrages sei die stärkere Berücksichtigung des Umweltverbundes, hierzu sei ein Umdenken erforderlich. Die Terminsetzung im Antrag wird von Mai auf August 2022 geändert. Dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion „für alle Verkehrsarten den bestmöglichen Verkehrsfluss zu erreichen“ ist nicht umsetzbar und sei

abzulehnen.

Herr Finken bringt den Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 1.3.22 ein:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Rahmen der Weiterentwicklung des Stadtentwicklungskonzeptes Verkehr, die Schaltung und Steuerung der Lichtsignalanlagen an den Potsdamer Kreuzungen für den Fahrrad- und Fußverkehr dahingehend so zu optimieren, dass für alle Verkehrsarten ein bestmöglicher Verkehrsfluss erreicht wird. Dabei sind soweit wie möglich smarte Lösungen zu berücksichtigen und einzusetzen.“

Der Antrag solle als Durchführungsauftrag verstanden werden, welcher im Stadtentwicklungskonzept Verkehr Berücksichtigung finden soll. Zielstellung sei es, keine Priorisierung bestimmter Verkehrsarten vorzunehmen und stadtwweit typische Staus zu verhindern.

Herr Schenke (Fachbereich Mobilität und Infrastruktur) bestätigt, dass die Lichtsignalanlagen ein wichtiges Element des städtischen Verkehrsmanagements sind und die Aufgabe haben, den Verkehr an den Kreuzungen innerhalb eines Straßennetzes möglichst effizient, sicher und umweltschonend abzuwickeln. **Dabei müssen die Interessen von vielen verschiedenen Verkehrsteilnehmern berücksichtigt und in einer Steuerung vereint werden: Die Ampelsteuerung des Kraftfahrzeugverkehrs, des öffentlichen Personennahverkehrs sowie von Fußgängern und Radfahrern werden bestmöglich aufeinander abgestimmt.** Gleichfalls soll und wird dabei die Leistungsfähigkeit, also der Kfz-Verkehrsfluss, die bedarfsgerechten Abwicklung des ÖPNV und möglichst geringe Wartezeiten für Fußgänger sowie Radfahrer, gewährleistet. Seit Jahren entwickelt die Stadtverwaltung Steuerungen für die städtischen Lichtsignalanlagen dahingehend, dass neben einer guten Bevorrechtigung des ÖPNV Grüne Wellen für den Individualverkehr und für den Radverkehr umgesetzt, als auch die Wartezeiten für Fußgänger und Radfahrer möglichst kurzgehalten werden. Bei Neu- und Umplanungen werden diese Prämissen zur Förderung des Umweltverbundes berücksichtigt. Dem Antrag der Fraktionen Bündnis 80/Die Grünen, Die LINKE mit der geänderten Terminstellung auf August 2022 könne gefolgt werden. Hingegen wird empfohlen, den Antrag der CDU-Fraktion abzulehnen.

Nach weiterer kurzer Diskussion stellt Herr Finken den Geschäftsordnungsantrag beide Anträge für „durch Verwaltungshandeln erledigt“ zu erklären

Dafür spricht niemand.

Dagegen spricht Herr Dr. Zöllner

Abstimmungsergebnis des Geschäftsordnungsantrages: 3/5/0 – damit abgelehnt.

Nach weiteren kurzem Meinungs austausch stellt der Vorsitzende den Antrag der CDU-Fraktion zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis: 3/5/0 – damit abgelehnt

Der Ausschussvorsitzende stellt den geänderten Antrag 22/SVV/0157 zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der

Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu untersuchen, wie die Programmierung von Ampeln im Stadtgebiet unter der Prämisse eines flüssigen und sicheren Rad- und Fußverkehrs zu ändern ist. Hierzu zählen unter anderem folgende Maßnahmen:

- Grüne Welle für Radfahrende an geeigneten Straßen, z.B. Breite Straße.
- Auskömmliche Grünphasen für Fahrradampeln, möglichst exklusive Grünphasen an gefährlichen Kreuzungen, d.h. Phasen mit „grün“ für Rad- und Fußverkehr, und „rot“ für KFZ.
- An Stellen mit hohem Radverkehrsaufkommen, z.B. im Innenstadtbereich, konsequente Optimierung von Ampelschaltungen auf flüssigen Radverkehr.
- Anpassung von Bedarfsampeln und verkehrsabhängiger Signalsteuerung an die Bedürfnisse des Rad- und Fußverkehrs, sowie Prüfung automatischer Ermittlung der Bedarfe, z.B. durch optische Methoden oder Erfassung von Mobiltelefonen.

Schließlich soll ein Modellversuch „Dauergrün für Fuß- und Radverkehr“ an geeigneten Stellen gemäß Karlsruher Vorbild initiiert werden.

Dem Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität (KUM) ist bis **Mai August** 2022 Bericht zu erstatten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	2
Stimmenthaltung:	1

zu 3.9 Verkehrsanalyse Lotte-Pulewka-Straße

Vorlage: 22/SVV/0162

Fraktion DIE LINKE

Frau Dr. Günther bringt den Antrag ein.

Herr Schenke (Fachbereich Mobilität und Infrastruktur) informiert, dass die Lotte-Pulewka-Straße Teil einer Tempo-30_Zone mit Buslinienverkehr ist. Zurzeit befindet sich hier eine Umleitungsstrecke, so dass sich der Verkehr verschärft hat. Die aktuelle polizeiliche Unfallstatistik weist diese als besonders unfallunauffällig aus. Es ist jedoch möglich, durch eine fundierte Verkehrsanalyse mit Bewertung der Verkehrssicherheit etwaige Sicherheitsdefizite aufzuzeigen. Von daher empfiehlt die Verwaltung dem Antrag zuzustimmen, jedoch mit der Bitte, das Ergebnis nicht der Stadtverordnetenversammlung, sondern dem KUM-Ausschuss im September 2022 vorzulegen.

Frau Dr. Günther und Frau Lange stimmen dem Vorschlag zur Änderung zu.

Der Ausschussvorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zur Untersuchung des Straßenverkehrs in der Lotte-Pulewka-Straße (Zentrum Ost) eine Verkehrsanalyse durchführen zu lassen. Ziel ist dabei, die Verkehrssicherheit in dieser wichtigen Zufahrtsstraße zu erhöhen.

Das Ergebnis ist **dem KUM-Ausschuss** der Stadtverordnetenversammlung im September 2022 vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	2

zu 3.10 Kommunale Wasserenthärtung in der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 22/SVV/0165

Fraktion CDU

Herr Finken bringt den Antrag ein.

Herr Schenke (Fachbereich Mobilität und Infrastruktur) macht aufmerksam, dass die Trinkwasserverordnung keine Grenzwerte für Calcium, Magnesium und die Härte vorgibt. Hinsichtlich wiederholter Forderungen, das Trinkwasser in Potsdam zu enthärten, bittet Herr Schenke zu beachten, dass sich die Situation in Potsdam versorgungs- und beschaffenheitsseitig nicht einheitlich darstelle. Potsdam wird aus fünf Wasserwerken versorgt, wobei die Beschaffenheit hinsichtlich der Härte unterschiedlich ist. Das DVGW-Regelwerk empfiehlt, eine zentrale Enthärtung ab 22 dH in Betracht zu ziehen. Dieser Wert wird jedoch in keinem der 5 Wasserwerke erreicht. Herr Schenke ergänzt, dass die technische Umsetzung möglich wäre, dies jedoch zu Kostenerhöhungen führen würde und von daher aus wirtschaftlichen Gründen nicht zu empfehlen sei.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob und wie das Potsdamer Trinkwasser kommunal, vom Wasserversorgungsunternehmen während der Grundwasseraufbereitung enthärtet werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	1
-------------	----------

Ablehnung: 7
Stimmhaltung: 0

Damit empfiehlt der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag 21/SVV/0157 abzulehnen.

zu 3.11 **Radwege**

Vorlage: 22/SVV/0141

Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur
(Mitteilungsvorlage)

Herr Walter nimmt Bezug auf das Schreiben von Frau Ducksch, welches sie als Vertreterin der Bewegung Fridays for Future Potsdam an alle Fraktionen gesandt hat, um auf die Verkehrssicherheit auf dem Schulweg aufmerksam zu machen. Herr Walter bittet zu diesem Thema in der nächsten Sitzung am 19. Mai 2022 einen Tagesordnungspunkt „Radverkehrssicherheit“ aufzunehmen sowie um die Teilnahme des Radverkehrsbeauftragten, Herrn von Einem.

Zu diesem Vorschlag erfolgen keine Einwendungen.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität nimmt die Mitteilungsvorlage Drucksache 22/SVV/0141 zur Kenntnis.

zu 4 **Mitteilungen der Verwaltung**

zu 4.1 **Berichterstattung zur gefahrlosen und direkten Erreichbarkeit der sanierten Preußenhalle für Fußgänger und Radfahrer aus dem Ortsteil (gem. Beschluss zur DS 21/SVV/0745)**

Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur

Die Berichterstattung wurde den Mitgliedern schriftlich per Mail am 22.03.2022 übermittelt – sie ist dem Tagesordnungspunkt im Ratsinformationssystem als Anlage beigefügt

zu 4.2 **Zeitplan STEK Verkehr - Info. im Nachgang der MV 22/SVV/0026**

Fachbereich Mobilität und Infrastruktur

Der Zeitplan, einschließlich der Information zur vorgesehenen Beteiligung wurde den Mitgliedern schriftlich per Mail am 22.03.2022 übermittelt – sie ist dem Tagesordnungspunkt im Ratsinformationssystem als Anlage beigefügt.

Herr Schenke (Fachbereich Mobilität und Infrastruktur) beantwortet die in

Vorbereitung der Ausschusssitzung übermittelte Frage:

1. Wurden in den letzten Jahren neue Verkehrszählungen durchgeführt bzw. sind solche noch geplant?

Die LHP führt regelmäßig Verkehrszählungen durch. Diese umfassen z.B. Dauerzählstellen oder einzelne Verkehrszählungen an Kreuzungen oder Brücken.

Dazu erfolgt eine automatisierte Erfassung von Fahrgästen im ÖPNV sowie teilweise auch beim Radverkehr.

Zusätzlich lässt die LHP alle 5 Jahre eine Haushaltsbefragung durchführen (... , 2008, 2013, 2018, 2023 ...). Darüber wird insbesondere der Modal Split ermittelt. Hier erfolgt die Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzept Verkehr anhand der letzten Erhebung aus dem Jahr 2018. Die neuen Ergebnisse der Erhebung in 2023 werden erst Anfang 2025 zur Verfügung stehen.

Auch die übrige Analyse der Bestandssituation (Verkehrsmengen) wird nunmehr anhand der Verkehrsdaten vor der Pandemie erfolgen müssen, da weiterhin nicht klar ist, wann flächendeckend neue Daten zur Verfügung stehen können.

Herr Rubelt geht auf folgende zweite Frage ein:

2. Zum Thema "Geschwindigkeiten im Stadtgebiet": Wird die Wirkung einer möglichen Einführung von Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit im Stadtgebiet von Potsdam im Hinblick auf Sicherheit, Umweltschutz und Verkehrsflüssigkeit untersucht? Diese Forderung wird mittlerweile von 100 deutschen Kommunen erhoben.

Wie bereits mit der Berichterstattung im KUM-Ausschuss am 16.12.2021 mitgeteilt, soll mit der Fortschreibung auch eine Neubewertung des Vorfahrtstraßennetzes und der Geschwindigkeitsregelungen (Tempo Streckenregelungen, Tempo 30-Zonen, Fahrradzonen, Verkehrsberuhigte Bereiche usw.) im Potsdamer Straßennetz erfolgen.

Hierbei werden einerseits die rechtlichen Rahmenbedingungen und andererseits sinnvolle Umsetzungsstrecken beleuchtet.

Der Antrag im vergangenen Jahr wurde abgelehnt. Herr Rubelt unterbreitet das Angebot zu berichten, auf welchen Flächen die Einführung Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit möglich wäre. Eine Einführung im gesamten Stadtgebiet lässt das Gesetz nicht zu.

zu 4.3 Information zum Beschluss 21/SVV/0860 - "Förderung von Stecker-Solar Anlagen - so genannten Balkonkraftwerken - für private Haushalte"
Koordinierungsstelle Klimaschutz

Die Information wurde den Mitgliedern schriftlich per Mail am 22.03.2022 übermittelt – sie ist dem Tagesordnungspunkt im Ratsinformationssystem als Anlage beigefügt.

Frau Lippert (Koordinierungsstelle Klimaschutz) geht auf folgende übermittelte Fragestellungen ein:

1. Wenn mindestens eine Energieberatung eines zertifizierten Energieberaters vor Beantragung und Umsetzung der Maßnahme erforderlich ist, welche Kosten entstehen dafür?

Die Bedingungen beziehen sich auf den gesamten Fördertatbestand „Photovoltaikanlagen“. Die Beratung wie sie z.B. durch die Verbraucherzentrale angeboten wird, wird vom Bund mit 30€ bezuschusst. Inwieweit die Steckersolaranlagen von der technischen Beratung ausgenommen werden können, wird mit den Fachleuten der Verbraucherzentrale, der EWP und dem Verband der Energieberater Brandenburg geprüft. Ein Votum wird mit dem Ergebnis der geplanten Evaluation nachgereicht.

2. Da für den Anschluss des Stecker - Solar-Gerätes (sog. Balkonmodul) ein Wieland-Stecker vorgeschrieben wird, bedarf es auch eines entsprechenden Hausanschlusses (Wielandsteckdose; spritzwassergeschützt). Die hierfür entstehenden Kosten (inkl. Montage) übersteigen die Förderung von 100 € pauschal und konterkarieren die eigentliche Förderung. Besteht hier die Möglichkeit den Förderbetrag entsprechend zu erhöhen?

Eine Förderung ist immer nur ein Anreiz und stellt keine Kostendeckung dar. Es handelt sich um eine Anteilsfinanzierung, wie sie auch in allen anderen Förderprogrammen von Bundes- und Landesebene den Standard darstellt. Es erfolgt keine Vollfinanzierung der Maßnahme.

Jedoch wird die Förderrichtlinie engmaschig gemonitort. Ein Zwischenergebnis soll im Herbst der Stadtverordnetenversammlung vorgestellt werden. Es kann gerne für folgende Förderphasen über die Erhöhung der Budgets in einzelnen Fördertatbeständen, Förderfeldern, und insgesamt durch die Stadtverordnetenversammlung befunden werden.

Die technische Forderung des Wielandsteckers wird von ähnlichen Förderprogrammen anderer Kommunen aus Sicherheitsgründen zum Brandschutz als unerlässlich vorgegeben und wurde daher so übernommen. Ob und inwieweit auch hier noch eine anteilmäßige Förderung möglich ist, wird im Rahmen der beabsichtigten Evaluation unter Berücksichtigung der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel ebenso geprüft.

zu 5 Sonstiges

Weiter unter dem TOP Sonstiges:

Herr Rubelt informiert, dass er das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundliche Kommunen Brandenburg (AGFK BB) angetreten habe. Ziel der interkommunalen Zusammenarbeit der Mitgliedskommunen der AGFK BB ist die Förderung des Radverkehrs im Land Brandenburg, welche sowohl den Alltags-, Freizeit und den touristischen Radverkehr einschließt.

Der Vorsitzende erinnert an die Nachfrage von Herrn Dr. Kretschmar in der vergangenen Sitzung bzgl. der Untersuchungen auf Coronarückstände im Abwasser.

Herr Rubelt bestätigt, dass die Ablehnung sowohl im KUM-Ausschuss als auch in der Stadtverordnetenversammlung erfolgt, jedoch die Diskussion auf der Unternehmensseite nicht weitergeführt worden ist.

Andreas Walter
Ausschussvorsitzender

Viola Kropp
Niederschrift